

Prüfergebnis

Name:	Präventiver Ansatz für Menschen mit psychischen Erkrankungen
Datum:	22.06.2020

Ausgangssituation & Hintergrund: Warum gibt es einen Handlungsbedarf?

Welcher Handlungsbedarf wird von Prognos im Bericht der Sozialstrategie definiert?

1. Privat wohnende (junge) Menschen mit chronischen psychischen Erkrankungen zu erreichen für Versorgungs- und Unterstützungsangebote
2. Psychische und sucht kranken Menschen durch aufsuchende, niederschwellige Dienste für weitere Hilfen zu erreichen
3. Psychisch kranke Eltern zu erreichen, um diese in das psychiatrische Hilfesystem zu integrieren, Kooperation mit der Jugendhilfe herstellen, stärkere sozialräumliche Verortung

Prüfergebnis

- Zu 1: Ja, hier liegt ein Handlungsbedarf vor.
- Zu 2: Nein, ausreichende Angebote und Kooperationen sind vorhanden (Drehscheibe, Suchtberatung). Allerdings sollte der Übergang von Kindern und Jugendlichen U21 vom ASD und KJPP zum spDi bzw. Erwachsenenpsychiatrie ist geregelt bzw. gesteuert werden. Junge Erwachsene kommen bislang erst im Akutfall dort an.
- Zu 3: Nein, es gibt eine Kooperationsvereinbarung Suchthilfe, Jugendhilfe, Gemeindepsychiatrie/ psychiatrische Hilfen vom Februar 2019. Eine Steuerungsgruppe aller Beteiligten trifft sich zur Weiterentwicklung der Kooperation in regelmäßigen Abständen, u. a. wird im März 2020 eine gemeinsame Veranstaltung zu dem Thema „Erziehungsfähigkeit von Eltern aus suchtbelasteten und psychische belasteten Familien“ stattfinden. Diese Veranstaltung beinhaltet dann auch eine gemeinsame Fallbesprechung in gemischten Gruppen. Die Leuchtturmgruppe der Diakonie wird vom LRA finanziert, über die soziale Gruppenarbeit. Aktuell gibt es ein Gruppenprojekt Kisel-Leuchtturm in Weil, durchgeführt vom AKRM und der Diakonie, finanziert durch Spenden. Dies läuft noch bis August 2020. Eine Fortführung des Projektes ist geplant. Dieses Projekt ist ein Gruppenangebot für Kinder aus suchtbelasteten und psychisch belasteten Familien. Angebote sind vorhanden. Die Diakonie führt aktiv Elternarbeit durch und der spDi betreut Eltern. Der bedarfsgerechte Ausbau soll geprüft werden.

Ein Abstimmungsgespräch mit Vertretern der Liga ist am 29.01.2020 erfolgt.

Empfehlung

Zur Bewertung des konkreten Handlungsbedarfs soll die Machbarkeitsstudie Psychiatrie abgewartet werden.

Ziele die im Rahmen des festgestellten Handlungsbedarfs angestrebt werden sollten, sind:

- Junge Menschen mit psychischen Auffälligkeiten sollen frühzeitig erreicht werden, bevor sich eine Erkrankung verfestigt und ein Herausfallen aus sozialen Bezügen stattfindet.
- Angehörige junger psychisch kranker Menschen sollen rasche und unbürokratische Beratung und Hilfestellung erhalten.
- Die Übergänge zwischen Jugendhilfeleistungen und Leistungen des psychiatrischen Hilfesystems für Erwachsene sollen fließend ausgestaltet sein unter lückenloser, fachlicher Begleitung.
- Die Leistungserbringer sollen mit anderen Leistungserbringern sinnvolle Kooperationen vereinbaren, die ambulante und flexible Komplexeleistungen ermöglichen.

Nach einem Bewertungsprozess an dem interne wie extern Akteure beteiligt sind, sollte dann ein Vorschlag für das weitere Vorgehen entwickelt und in die weitere Entscheidungskaskade eingebracht werden.

Hierbei sollten folgende Akteure einbezogen werden:

- LiGa
- SpDi
- Suchtberatung
- Psychosoziale Beratung
- Jobcenter (§ 16 h SGB II)
- FB Jugend& Familie (AIB, Sozialdienst)

Verfasser/-in der Projektskizze:	Reiner Faller / Dirk Werner
Beschlussergebnis im Team Soziale Zukunft am 17.12.2019:	<p>Es ergeht kein weiterer Auftrag zur Erstellung einer Konzeption oder einer Projektskizze.</p> <p>Da von Seiten des Fachbereichs Gesundheit eine Machbarkeitsstudie Psychiatrie in Auftrag gegeben wurde, die den oben formulierten Handlungsbedarf sowie einen Kriseninterventionsdienst zum Thema hat, sollen die diesbezüglichen Entscheidungen abgewartet werden. Auch das Thema Krisentelefon für psychisch Kranke wird in diesem Zusammenhang an den Fachbereich Gesundheit verwiesen.</p>
Lenkungsgruppe am 22.06.2020	<p>Der Vorschlag, die Machbarkeitsstudie und deren Diskussion in der Gesundheitskonferenz abzuwarten, wird für gut befunden. Es werden keine weiteren Arbeitsaufträge erteilt.</p>